

»EMPFEHLUNGEN SACHBEZOGEN DISKUTIEREN!« INTERVIEW MIT DR. PETRA SITTE, MDB

Dr. Petra Sitte, MdB, ist u.a. ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Sie ist seit 2005 für die Fraktion DIE LINKE Berichterstatterin für TA.

Frau Sitte, Sie gehören seit dieser Legislaturperiode zu den neuen Berichterstatterinnen für Technikfolgenabschätzung und haben erste Erfahrungen mit der parlamentarischen TA und dem TAB gesammelt. Was war Ihre Motivation, dieses Amt zu übernehmen, und was waren Ihre ersten Eindrücke?

Erfahrungen mit TAB-Studien habe ich bereits während meiner wissenschaftspolitischen Tätigkeit als Landtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt gesammelt. Ich bin rein zufällig über eine Internetrecherche darauf gestoßen und habe leider erst relativ spät entdeckt, dass am TAB viele Studien vorlagen, die für meine damalige politische Arbeit von Interesse gewesen wären. Zudem habe ich oft auf Fragen der Anwendung neuer Technologien im Zusammenhang mit dem Strukturwandel im Osten Antworten gesucht wie: »Sollen wir diese oder jene Technologie durch eine öffentliche Förderung unterstützen? Sind das Technologien, die in eine Neuprofilierung der Wirtschaft des Landes passen? Sind das Technologien, die tatsächlich auch Arbeitsplätze in dem Umfang schaffen, wie wir es eigentlich bräuchten?«

Als ich dann in den Bundestag gewählt wurde, habe ich gehofft, dass dieses Amt nicht jemand anderes in der Fraktion bekleiden möchte. Da dies nicht der Fall war, habe ich das Amt gerne übernommen.

Sie waren vor Ihrer Wahl in den Bundestag 15 Jahre im sachsen-anhaltischen Landtag als Landtagsabgeordnete. Hätten Sie sich dort ein »Landtags-TAB« gewünscht?

Das ist eine interessante Frage, und die spontane Antwort der Praktikerin in mir heißt: »Dafür haben wir kein Geld«. Auch auf den zweiten Blick halte ich es nicht für sinnvoll, weil schon jetzt zu beobachten ist, dass vergleichbare Einrichtungen wie das TAB auf europäischer Ebene oftmals fast identische Themen untersuchen. Sicher gibt es zum Teil auch nationale Spezifika, aber was ist heute schon in Wissenschaft und Technologie nationalspezifisch? Und wenn wir solche Studien auch noch in 16 Länderparlamenten durchführen würden, dann erscheint mir das als eine Vergeudung von Zeit und Geld. Aber eine bessere Kommunikation zwischen den Landtagen und dem Bundestag halte ich für enorm wichtig. Eigentlich müsste jeder Parlamentarier auf Landtageebene – ob im Wirtschafts-, Bildungs- oder im Finanzausschuss tätig – regelmäßig den Hinweis erhalten, dass entsprechende Studien des TAB im Bundestag vorliegen.

Gibt es denn Beispiele, wo Ihnen TAB-Studien in ihrer parlamentarischen Arbeit besonders genutzt haben?

Ja, gibt es – z.B. beim Thema Nanotechnologie, bei der Pharmakogenetik oder auch bei der Auseinandersetzung

mit der Grünen Gentechnik. Beim letztgenannten Thema rede ich, im Gegensatz zu einer Mehrheit in meiner Fraktion, eher einem differenzierten Umgang das Wort. Die jüngste Studie zur Anwendung transgener Pflanzen zweiter und dritter Generation hat mir auch sehr geholfen, weil es hier um strategische Entscheidungen geht. In dieser Hinsicht fand ich auch das Thema Fusionsforschung interessant aufgearbeitet.

Die aktuelle Studie zu den »akademischen Spin-offs« – also den Ausgründungen von Wirtschaftsunternehmen aus Forschungseinrichtungen – war für mich total spannend, weil ich mich dort mit meinen praktischen Erfahrungen in vielerlei Hinsicht wiedergefunden habe. Während meiner Amtszeit in Sachsen-Anhalt hatte ich eine Broschüre geschrieben zu Fragen des Wissenstransfers, der Rolle von Technologie- und Gründerzentren und den Bedingungen des Übergangs von Hochschulabsolventen in die Selbstständigkeit. Wir hatten Modelle entwickelt, die leider an Behördenvorschriften gescheitert sind. Aber Erfahrungen, die ich auf meiner letzten Rundreise durch alle Technologie- und Gründerzentren gemacht hatte, habe ich zum großen Teil in dieser Studie wiedergefunden – natürlich akademischer aufgearbeitet, klarer zusammengefasst und zahlenmäßig besser untersetzt. Insofern war das für mich auf der einen Seite ein Erkenntnisgewinn und auf der anderen Seite eine Bestätigung.

Haben Sie Verbesserungsvorschläge für die unterschiedlichen Phasen der Bearbeitung eines TAB-Projekts?

Ich wünschte mir, dass das TAB auch selbst Vorschläge für neue Themen machen kann. Ich musste hier lernen, dass die Aufgabenstellungen für das TAB – gewissermaßen wie in einer Einbahnstrasse – allein aus dem politischen Raum, sprich dem Bundestag, kommen und dann an das Büro für Technikfolgen-Abschätzung herangetragen werden. Damit liegt die Aufgabe »des Trüffeln nach Themen« bei den Politikern. Wenn diese sich intensiv mit den Problemstellungen beschäftigen, sodass sie in der Lage sind, auch strategische Entwicklungen abzusehen, dann kann das gut gehen. Aber ich fände es wichtiger bzw. sehe es als eine ergänzende Aufgabe für Technikfolgenabschätzung beim Parlament an, dass es auch ein Feedback gibt. In den Studien des TAB werden ja auch Empfehlungen für neue Studien gegeben, und es wird weiterer Untersuchungsbedarf festgestellt. Da wünschte ich mir, dass es in einem bestimmten Umfang Eigeninitiativen des TAB gäbe, weitere Themen zu konzipieren und diese aktiv an die Politik heranzutragen. Ein bisschen mehr an Mitbestimmung wäre aus meiner Sicht wünschenswert.

Mein zweiter Vorschlag betrifft die Gestaltung des Bearbeitungsprozesses. Das TAB betreibt einen hohen Aufwand dafür, uns mit umfangreichen schriftlichen Rechercheergebnissen zu versorgen. Das ist ein gewaltiger Arbeitsaufwand. Ich könnte mir vorstellen, diesen Prozess zu straffen, indem man nach dem ersten Exposee die Grundausrichtung festlegt und dann in die Bearbeitung geht. Was mir auch eher umständlich erscheint, ist die Vertragsgestaltung mit externen

Gutachtern. Man könnte hier Zeit sparen, wenn die Zuständigkeiten der Vertragsgestaltung beim TAB selbst angesiedelt wären. Wir lassen in den Bundesländern mittlerweile auch viele Einrichtungen selbstständig im Rahmen ihrer Budgets arbeiten. Wichtig ist nur, dass das Budget und die vertraglich vereinbarten Zielfunktionen eingehalten werden.

Was ich mir auch vorstellen könnte, wäre die Fortsetzung des bereits angefangenen Prozesses, sich stärker an die Öffentlichkeit mit den Studienergebnissen zu wenden. Hierbei könnte das Internet eine größere Rolle spielen. Man könnte vielleicht im Umfeld der Veröffentlichung der Studien Chatmöglichkeiten schaffen, wo Interessierte sich mit den beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern austauschen könnten. Das finde ich auch vor dem Hintergrund der Konzipierung von elektronischen Petitionen interessant. So wie es dort einen Bedarf gibt, sich an den Bundestag über das Internet zu wenden, könnte ich mir vorstellen, dass es auch den Bedarf gibt, dieses Medium auf für TA-bezogene Fragen zu nutzen.

Mit Bezug auf unsere eigene Arbeit sollten wir uns als Parlamentarier mehr darum kümmern, die Empfehlungen und Schlussfolgerungen aus den Studien in die Fraktionen einzubringen und in den Ausschüssen zu diskutieren. Man ist zwar guten Willens, wenn man völlig beeindruckt eine Studie gelesen hat, verliert dies im parlamentarischen Alltag bisweilen jedoch wieder aus dem Auge. Ich bedauere, dass Manches dadurch einfach versandet. Die Studien werden ja in erster Linie für uns

gemacht, daher müssen wir als Abgeordnete mehr dafür tun.

Schließlich glaube ich, wenn im Berichterstatterkreis über Vorworte für die Berichte diskutiert und versucht wird, in inhaltliche Aussagen von Studien einzugreifen, dass dies eigentlich über unsere Entscheidungskompetenz hinausgeht. An dieser Stelle hat derjenige, der den Bericht erstellt hat, eigentlich die Hoheit über sein Produkt. Als Politikerin kann ich mich danach im politischen Raum damit auseinandersetzen. Aber wenn ich verantwortlich für ein Vorwort bin und jene, die die Studie erstellt haben, sich nicht wirklich 1:1 in dem Vorwort wiederfinden, dann ist das eine bizarre Situation. Da wünschte ich mir, dass die Politik mehr loslassen würde.

Liegt Ihnen ein Thema aus der aktuellen Liste der bearbeiteten TAB-Projekte besonders am Herzen?

Das Dopingthema finde ich ungemein spannend, weil ich sportpolitisch sehr interessiert bin. Das neue TAB-Projekt behandelt ja die Facette Gendoping. Wer ist eigentlich Subjekt, und wer ist Objekt innerhalb solcher Prozesse und Zusammenhänge? Wie kippen Werte, wie verändern sich Maßstäbe, wenn es um viel Geld geht? Und wie werden diese gewandelten Werte von der Gesellschaft absorbiert, und wie führt das zu ganz konkreten Veränderungen in den eigenen Verhaltensweisen? Ich war überrascht, als ich auf der letzten öffentlichen Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages hörte, dass Senioren im Amateursport – wenn dort Dopingproben genommen werden – zu 88 % positiv getestet wer-

den. Das hat doch was mit der Persönlichkeitsstruktur der Menschen zu tun, die dort Sport treiben. Ich frage mich wirklich, was für diese Menschen so attraktiv ist, dass sie sich für einen sportlichen Wettkampf dopen. Für mich liegt dies außerhalb meiner Vorstellung. Und es hat mit der Gesellschaft insgesamt, mit Lebenseinstellungen und mit Leistungsansprüchen zu tun. Deshalb geht es mir bei diesem TAB-Projekt nicht nur im engeren Sinne um die Frage des Nachweises von Doping oder der gentechnischen Perspektiven, die sich dort auftun, sondern um die sozialen Verhältnisse, die sozialpsychologischen Zusammenhänge – eben um die Art und Weise, wie man innerhalb der Gesellschaft miteinander umgeht, wenn man im Wettbewerb zueinander steht.

Vermehrt finden Präsentation und Diskussion der Ergebnisse von TAB-Studien im Bundestag in öffentlichen Ausschusssitzungen oder auf Fachgesprächen statt. Wie beurteilen Sie dieses Bemühen, sich verstärkt an eine breite (Fach-)Öffentlichkeit zu wenden?

Ich begrüße das ungemein. In den Berichterstattersitzungen oder auch im Ausschuss steht immer wieder das Thema an, wie wir mit abgeschlossenen TAB-Projekten öffentlich umgehen – also wenden wir uns nur an eine Expertenöffentlichkeit oder auch an einen breiteren Kreis von Interessierten? Der Bundestag entscheidet mit seinen Förderprogrammen in jeder Hinsicht strategisch, und das sind gesellschaftspolitische Entscheidungen, die auch öffentlich zur Diskussion gestellt werden müssen. Außerdem glaube ich, dass Wissenschaft

sich auch selbst dieser gesellschaftlichen Debatte stellen muss: Wem dient die Technik bzw. die Technologie? Moderne Technik sollte sich dadurch auszeichnen, dass sie sich am Benutzer oder an der Benutzerin orientiert. Und Wissenschaft kann durch solch eine öffentliche Debatte ganz andere Impulse aufnehmen, was Bedarf und Bedürfnisse der Adressaten anbetrifft. Der Bundestag sollte sich da mehr öffnen.

Die parlamentarische TA war programmatisch angetreten, das Parlament gegenüber der Exekutive in technologiepolitischen Fragen kompetenter und selbstständiger zu machen. Halten Sie dies für einen berechtigten Ansatz?

Ja, ich halte diese Programmatik nach wie vor für absolut gerechtfertigt und für richtig. Dies hat auch mit meinem persönlichen Verständnis zu tun, sich mit den Dingen auseinanderzusetzen und zu fragen: Was verbirgt sich hinter einer bestimmten Entwicklung? Was bringt sie an Neuem? Gibt es negative Konsequenzen aus dieser Entwicklung? Welche Entscheidung kann ich – verhältnismäßig betrachtet – fällen? Will ich das dann auch öffentlich fördern? Vor diesem Hinter-

grund ist diese Grundanlage des TAB nach wie vor aktuell. Politikerinnen und Politiker sollten sich – unabhängig von ihren Parteiprogrammen – den Empfehlungen öffnen, sachbezogen diskutieren und einmal für sich gewonnene Erkenntnisse immer wieder mit Blick auf neuere Entwicklungen prüfen. Dass man nicht alles lesen kann, ist bekannt. Ein Mindestmaß an inhaltlicher Auseinandersetzung halte ich für unabdingbar. Dies ist die Voraussetzung dafür, sich eine geistige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu erhalten, wenn man nach seinem Gewissen entscheiden soll.

Welche Wünsche haben Sie persönlich an die zukünftige Zusammenarbeit mit dem TAB?

Unkompliziertheit, intellektuelle Aufgeschlossenheit, Kritikfähigkeit. Ich will auch als Politikerin ganz respektvoll über die anstehenden Dinge reden können und wünsche mir dabei ein sehr gutes und lockeres Arbeitsklima. Ich lege Wert darauf, einen unkomplizierten Umgang miteinander zu pflegen. Da finde ich es auch gut, dass die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Burchardt, das immer wieder versucht und den Boden dafür bereitet.

Dr. Petra Sitte, MdB (Die Linke, Wahlkreis: Halle, Sachsen-Anhalt), ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien. Frau Dr. Sitte ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und Berichterstatte für TA. Sie ist Diplomvolkswirtin und hat 1987 zum Dr. oec. promoviert.



Kontakt: petra.sitte@bundestag.de